

A27 EU-Mercosur-Abkommen stoppen – Fairhandel geht vor Freihandel!

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz, MdB (KV Neustadt/Aisch-Bad
Windsheim)
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

1 Bündnis 90/ Die GRÜNEN in Bayern lehnen das aktuelle Freihandelsabkommen mit den
2 Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay (Mercosur) ab. Wir brauchen
3 eine Umkehr im Denken: fairer Handel muss zentraler Bestandteil internationaler
4 Handelsabkommen werden. Der sozial-ökologische Anspruch muss gerade heute in
5 internationalen Verträgen im Fokus stehen. Menschenrechte und Klimaziele lassen
6 keinen Verhandlungsspielraum zu.

7 Mitte September hat das österreichische Parlament gegen das geplante
8 Freihandelsabkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten
9 gestimmt, andere Mitgliedsländer drohen mit einem Veto. Bäuerinnen und Bauern
10 demonstrieren dagegen, nur die Bundesregierung hält an dem Abkommen fest.

11 Ziel eines Freihandelsabkommens ist die Senkung von Handelsschranken zu Gunsten
12 eines freien Warenaustausches. Verbindliche Umwelt- und Sozialstandards sucht
13 man in diesen Abkommen allerdings oftmals vergebens. Wir GRÜNE wollen jedoch
14 ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards erhalten und in
15 internationalen Verträgen Geltung verschaffen. Es geht um gerechte
16 Handelsbeziehungen. Das Primat muss der faire Handel sein und nicht der freie
17 Handel. Es darf Europa nicht egal sein, wie Export, Wachstum und Konsum anderswo
18 zu Armut, Raubbau an der Natur und Zukunftslosigkeit beiträgt.

19 In dem nun vorliegenden EU-Mercosur-Abkommen - dem größten Freihandelsabkommen,
20 das die EU jemals ausgehandelt hat - werden aber keine verbindlichen
21 Vereinbarungen zu Klima- und Umweltschutz, keine belastbaren Aussagen zu den
22 Pariser Klimazielen und auch keine verpflichtende Aussagen zu Arbeits- und
23 Sozialstandards getroffen. Auch für den Schutz der Indigenen werden keine
24 bindenden Vereinbarungen festgeschrieben. Gut gemeinte Bekenntnisse im
25 Nachhaltigkeitskapitel bleiben ohne weitere Ausführungen, Bestimmungen oder
26 Sanktionen im Falle ihrer Missachtung wirkungslos. Wir machen eine Rolle
27 rückwärts, wenn wir Freihandelsverträge abschließen, die nicht einmal die
28 Mindeststandards erfüllen.

29 Wir sollen Gen-Soja und Rindfleisch aus fragwürdigem Anbau importieren, um dafür
30 Autos und Maschinen exportieren zu können. Letztlich zahlen sowohl die
31 europäischen Landwirte wie auch südamerikanische Kleinbauern den Preis. Nur die
32 industrielle Agrarproduktion wird sich in solch einem Wettbewerb behaupten
33 können. Dieser Vertrag würde eine bitter notwendige deutsche und europäische
34 Agrarwende kaum noch möglich machen. Dazu ignorieren wir die zahlreichen
35 sozialen und ökologischen Ziele, für die wir in Europa hart ringen und die für
36 den Erhalt unseres Planeten unverzichtbar sind! Es ist zynisch, das Pariser
37 Klimaabkommen und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu
38 unterschreiben und gleichzeitig auf Handelsabkommen wie das zu Mercosur zu
39 setzen, welche den Raubbau an der Natur billigend in Kauf nehmen.

40 Brauchen wir noch mehr Gen-Soja, mehr Hühner- und Rindfleisch oder Billig-
41 Zucker, mehr Ethanol-Kraftstoff aus Zuckerrohr? Warum sollen wir Milch und Käse
42 aus Europa gegen Milch und Käse aus Südamerika tauschen? Wollen wir zusätzliche
43 Anreize für eine Agrarindustrie, die Raubbau an Umwelt und Ressourcen betreibt?
44 Sowohl in Argentinien wie auch in Paraguay und Brasilien wird durch das
45 Handelsabkommen die agrarindustrielle Umwandlung der für die Menschheit
46 überlebenswichtigen Regen- und Trockenwälder nachdrücklich forciert. Die dortige
47 Agrarindustrie überzieht im ganzen südamerikanischen Raum gewaltige Flächen mit
48 Monokulturen. Das macht den massiven Einsatz von Pestiziden in der sechs- bis
49 zehnfachen Menge im Vergleich zu Europa notwendig. Umwelt und Menschen vor Ort
50 leiden darunter extrem. Hinzukommt, dass viele dieser Pestizide in Europa
51 verboten sind, aber durch den Import wieder vermehrt auf unserem Teller landen
52 würden.

53 Zudem darf die EU nicht die Politik eines Rechtsextremisten wie Jair Bolsonaro
54 in Brasilien mit solch einem Abkommen unterstützen. Ein Präsident, der die
55 Aneignung von Flächen für die Agrarindustrie zum obersten Ziel erklärt hat.
56 Riesige Waldflächen werden aktuell legal und illegal gerodet. Und die indigenen
57 Einwohner*innen Brasiliens Stück für Stück entrechtet. Wir Europäer*innen dürfen
58 keine politischen Systeme stärken, in denen homophobes und rassistisches
59 Verhalten verherrlicht und eine öko-vandalistische Politik begünstigt wird, die
60 zugleich das lokale gesellschaftliche Klima und das Weltklima bedroht.

61 Die Europäische Landwirtschaft steht trotz Subventionen unter enormem Druck, da
62 sie exportorientiert und an Weltmarktpreisen ausgerichtet ist. Das EU-Mercosur-
63 Abkommen setzt besonders den europäischen Rindfleischmarkt unter Druck und das
64 wirkt sich auch auf Bayern aus. Wir GRÜNE in Bayern sind ständig bemüht,
65 flächenangepasste Weidehaltung in Bayern zu fördern und auszubauen, denn sie
66 gilt als nachhaltigste Form der Nutztierhaltung, mit einer sehr positiven
67 Wirkung auf Klimaschutz und die Artenvielfalt. Durch das EU-Mercosur-Abkommen
68 könnte diese Form der Weidehaltung komplett unrentabel werden und über kurz oder
69 lang verschwinden.

70 Wir GRÜNE stehen für fairen Handel und sehen ökologisch-soziale Standards nicht
71 als Handelshemmnisse. Wir sollten bei internationalen Handelsabkommen Vorgaben
72 und Regeln der regionalen Ernährungssysteme ernst nehmen, wobei das „Recht auf
73 Nahrung und Wasser“ dabei maßgeblich ist. Nahrungsmittel sind Güter von
74 besonderem Wert: Eine Bevölkerung kann im Zweifel auf Autos verzichten, aber
75 nicht auf Nahrungsmittel oder eine intakte Umwelt. Die Folgen der
76 südamerikanischen Landwirtschaft müssen uns daher auch vor dem Recht auf Leben
77 und Nahrung interessieren. Wenn Menschen durch agrarindustrielle Anlagen die
78 Lebensgrundlagen wie der Zugang zu Wasser oder eine giftfreie Umgebung genommen
79 werden, wenn indigene Bevölkerungsteile entrechtet werden oder massive
80 Umweltzerstörung betrieben wird, dann sind das Folgen, die Europa nicht
81 hinnehmen kann. Ein Handelsabkommen, das verkürzt Autos gegen Gen-Soja und
82 Rindfleisch tauscht, muss die Folgen dieser Geschäfte für Umwelt und Klima sowie
83 für die Bevölkerung in der Partnerregion berücksichtigen. Das ist bei diesem
84 Abkommen aktuell nicht der Fall. Wir wollen die notwendige Transformation für
85 eine klimagerechte Zukunft nicht durch den globalen Wettbewerb um niedrige
86 Standards untergraben lassen sondern den Raubbau an der Natur weltweit beenden.

87 Bündnis 90/ Die GRÜNEN in Bayern lehnen das EU-Mercosur-Abkommen aus den oben
88 genannten Gründen ab und fordern die Bayerische Staatsregierung auf im Bundesrat
89 gegen eine Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommen zu stimmen.

Begründung

In Brasilien werden aktuell pro Minute etwa drei Hektar Fläche gerodet. Allein im Juni 2019 wurden 920 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt und damit doppelt so viel wie im Juni 2018. Die Werte der brasilianischen Raufahrtbehörde (Inpe) für Juli sind noch alarmierender, sie geben eine Steigerung von 278 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum an (<https://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-bolsonaro-amazonas-1.4550598>, Stand 16. Aug 2019). Meist war bisher von illegalen Brandrodungen die Rede (<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/brasilien-abholzung-des-regenwalds-erreicht-hoechsten-stand-seit-10-jahren-a-1240226.html>, Stand 16. Aug 2019). Doch aktuell legalisiert der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro persönlich das kriminelle Vorgehen. Und feuert eher den Vorsitzenden der Raufahrtbehörde, als auf die Zahlen mit politisch klugen Ideen zu reagieren (<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/brasilien-abholzung-des-regenwalds-erreicht-hoechsten-stand-seit-10-jahren-a-1240226.html>, Stand 16. Aug 2019).

Seit Amtsantritt hat Bolsonaro den Hunger der Agrarindustrie nach Landfläche mit allen Mitteln bedient. Die Lobby der agrarindustriellen Landwirtschaft ist extrem mächtig in Brasilien und gehört neben den Militärs und den Evangelikalen zu den stärksten Unterstützern Bolsonaros. Sie ist die treibende Kraft bei Waldrodungen mittels gefälschter Flächeninbesitznahme. Auf riesigen Plantagen über tausende Quadratkilometer bauen Großgrundbesitzer Gen-Soja, Mais, Eukalyptus und Gen-Baumwolle an. Dafür wird aktuell der Cerrado, ein Trockenwald, der sich vom mittleren bis in den Nord-Osten Brasiliens zieht, systematisch erschlossen. Die Regenwälder im Amazonasgebiet geraten auch wieder zunehmend unter Druck. Mit der Waldvernichtung werden die dort seit langem Wohnenden und indigenen Einwohner mit Scheinbesitzurkunden vertrieben.

Wasserkreisläufe werden zerstört, kostbare Naturräume und Artenvielfalt massiv vernichtet. Doch das Gen-Soja wird nicht nur exportiert, es wird auch mehr und mehr vor Ort „veredelt“. Die Fleischindustrie zählt allein in Mato Grosso, ein Bundesstaat im Cerrado und etwa 2,5 so groß wie Deutschland, aktuell mehr als 21 Millionen Rinder – bei circa 3,5 Millionen Einwohnern.

Die Folgen für Menschen, Umwelt und Klima spielen für Brasiliens Präsidenten keine Rolle. Wichtig ist nur, das wachsende Geschäft mit Agrargütern wie Gen-Soja, Rindfleisch und Co. Umweltstandards existieren in Brasilien durchaus, doch kontrolliert wird kaum. Seit dem Amtsantritt Bolsonaros wurden zudem viele Umweltstandards ausgesetzt. Laut der brasilianischen Gesellschaft für Agrarökologie sind knapp die Hälfte der 50 hauptsächlich in Brasilien eingesetzten Pestizide in den USA, Kanada oder Europa verboten. Fehlende Tierschutzstandards, die ungenügende Kontrolle der Umweltgesetze bzw. der völlige Freibrief, den Bolsonaro der ungebremsen Agrarproduktion einräumt, zeigen, dass die Behauptung der EU Kommission, Brasilien und Südamerika könnten oder wollten nach europäischem Standard liefern, letztlich blauäugig und naiv ist oder schlicht keine Rolle spielt, wenn es um die eigenen Exporte von Autos geht.

Insgesamt zeigt der brasilianische Präsident keinerlei Willen, bisher in Brasilien erreichtes Recht und Gesetz einzuhalten. So ignoriert Bolsonaro die Rechte der indigenen Bevölkerung nicht nur völlig was die Reservate und Schutzrechte angeht. Bolsonaro ruft öffentlich auf diese zu ignorieren, weil die indigenen Völker bereits zu viele Privilegien genossen. Und meint damit vor allem die ausgewiesenen Reservate. Circa 13 Prozent bislang meist unerschlossener Urwälder wurden den indigenen Völkern vom brasilianischen Staat zugesprochen. Bolsonaro ist das jedoch ein Dorn im Auge. Er will „In-Wert-Setzung“ um jeden Preis. Mit aggressiven Parolen heizt er die Stimmung gegen indigene Einwohner an. Goldgräber, Bauern und Holzarbeiter nutzen den Aufruf des Präsidenten um - legal oder illegal – das Land in Besitz zu nehmen und seine Ressourcen auf Kosten der indigenen, von Umwelt und Natur auszubeuten. Dabei werden lebensnotwendige Ressourcen der indigenen Einwohner vor Ort vernichtet und im weiteren Umland auch vergiftet. Dies halten wir für ein systematisches Vergehen gegen die Rechte der indigenen Bevölkerung.

Noch im Wahlkampf 2017 warnte die Wochenzeitung „Die Zeit“ vor einem möglichen Präsidenten Jair Bolsonaro: Er sei „ein Mann der äußersten Rechten, der mit übertriebenen polemischen Aussagen gerne die Rolle eines Politikclowns à la Donald Trump spiele. Rassismus, Homophobie, Sympathien für die Militärdiktatur und Folterknechte, offen vorgetragenes faschistisches Gedankengut: Bei Bolsonaro ist alles zu finden.“

(<https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/brasilien-lula-da-silva-jair-bolsonaro-petrobras-sergio-moro/seite-3>, Stand 16. Aug 2019) Heute muss man feststellen, dass dieser Mann eine gefährliche Bedrohung darstellt: in Brasilien für Schwule und Lesben ebenso wie für indigene Völker. Weltweit für Klima und Umwelt. Für Bolsonaro zählt ausschließlich Profit. Diplomatische Verwerfungen sind ihm dabei egal, ähnlich wie Trump.

Allein aus diesen Gründen ist das Freihandelsabkommen in der Form abzulehnen.

Unterstützer*innen

Christian Zwanziger, MdL (KV Erlangen), Florian Siekmann, MdL (KV München), Gisela Sengl, MdL (KV Traunstein)